



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

26. hét

2018.06.25.

ZUSAMMENFASSUNG

- Bereits zum siebten Mal wurde das Grundgesetz geändert, wobei die Gesetzesvorlage neben den Regierungsparteien auch von der Jobbik sowie dem Repräsentanten der Landesselbstverwaltung der Deutschen und der unabhängigen Abgeordneten Dóra Dúró unterstützt wurde.
- Viktor Orbán, Mateusz Morawiecki, Peter Pellegrini, Andrej Babis und Sebastian Kurz stimmten sich in Budapest über den Vorsitz der V4-Gruppe sowie über die anstehende Ratspräsidentschaft Österreichs im Europäischen Rat und die wichtigsten politischen Aufgaben ab.
- Ähnlich wie schon in der Regierungspraxis der vorangegangenen Jahre wurde dem Parlament der Entwurf der Steuergesetze für das kommende Jahr bereits im Juni vorgelegt. Die Vorlage folgt den seit 2014 geltenden steuerpolitischen Zielstellungen.
- Die Plattform „Mi hazánk“ (Unsere Heimat) unter Führung von László Toroczkai steht vor zwei Alternativen: Entweder wandelt sie sich um in eine Partei oder sie stärkt ihren Charakter als Sammlungsbewegung und wartet auf diese Weise gestärkt auf die im kommenden Jahr anstehenden Wahlen. Die aktuelle Erhebung des Nézőpont-Instituts zeigt, dass im Kreis der Jobbik-Sympathisanten durchaus ein gesellschaftlicher Bedarf an einer radikal ausgerichteten Partei besteht.
- Der Europäische Rat hält in dieser Woche sein nächstes Gipfeltreffen ab. Neben dem Budapester Treffen der V4 mit Österreich kam es am vergangenen Wochenende zu einem durch die Europäische Kommission organisierten formellen „Mini-Gipfel“ unter Teilnahme der sieben am stärksten durch die Einwanderung betroffenen Mitgliedstaaten.

REGIERUNGSMELDUNGEN

DAS PARLAMENT HAT DIE GRUNDGESETZÄNDERUNG UND DAS STOP SOROS-GESETZESPAKET VERABSCHIEDET

Am vergangenen Mittwoch gelangte die Vorlage zur siebten Grundgesetzänderung vor das Parlament, wo ebenso das Stop Soros-Gesetzespaket verabschiedet wurde. Der durch Finanzminister Mihály Varga eingereichte Gesetzentwurf zur Begründung des Staatshaushaltes 2019 würde die Regelung zur Bestimmung der Vergütungen der Minister neu definieren.

Die Grundgesetzänderung stärkt den Schutz der nationalen Souveränität, indem allen Absichten der die Einwanderung fördernden Interessenkreise zum Trotz eine Ansiedlung fremder Völker in Ungarn verboten wird. Darüber hinaus wird das Versammlungsrecht beschnitten und der lebensgerechte Aufenthalt auf öffentlichen Flächen untersagt. Es stellt ein symbolisches Element dar, dass der Text der Präambel um eine Passage bezüglich des Schutzes der historischen Identität ergänzt wurde. Außerdem gelangte eine Modifizierung zu den Grenzen des Versammlungsrechts in den Text, wonach die Ausübung dieses Rechts nicht länger mit einer Verletzung der Privatsphäre der Wohnimmobilien anderer Personen, ihres privaten und familiären Lebens einhergehen darf. Über die Zweidrittelmehrheit der Regierungsparteien hinaus unterstützte auch die Jobbik die Grundgesetzänderung.

Parallel dazu wurde auch das Stop Soros-Gesetzespaket verabschiedet, dessen Hauptinhalt besagt, den Tatbestand der Unterstützung von Einwanderung im Strafgesetzbuch zu definieren, beziehungsweise einzelne Bestimmungen im Asylrechtsgesetz zu modifizieren. Laut dieser Rechtsnorm unterstützt jene Person die Einwanderung, die zur Ansiedlung von Menschen beiträgt, die nicht zum Kreis des offiziellen Flüchtlingsstroms gehören, oder Personen bei der Beschaffung von Aufenthaltsadressen hilft, welche die Grenze rechtswidrig passiert haben oder sich unrechtmäßig auf dem Territorium Ungarns aufhalten. Nach den modifizierten Regeln des Asylrechts wird ein Asylantrag abgewiesen, wenn die betreffende Person durch Länder gereist ist, in denen sie gesetzlich keiner Verfolgung oder schwerwiegenden Gefahr ausgesetzt war. Aus den Oppositionsreihen unterstützte die Jobbik auch die Verabschiedung dieses Gesetzespakets.

Der durch Finanzminister Mihály Varga eingereichte Gesetzentwurf in Bezug auf die Vergütungen der Minister räumt die Möglichkeit ein, dass die Bezüge der einzelnen Minister bis zur Obergrenze der Vergütungen von Topmanagern der durch sie beaufsichtigten staatlichen Unternehmen steigen können. Der Regierungschef kann die Bezüge der Minister jährlich überprüfen und nach seinem Ermessen modifizieren, wohingegen die Bezüge des Ministerpräsidenten unverändert bleiben.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

DER UNGARISCHE V4-VORSITZ GING ZU ENDE, DIE SLOWAKEI ÜBERNIMMT ZUM DRITTEN MAL DEN STAFETTENSTAB

Am vergangenen Donnerstag trafen in Budapest ergänzt um den Bundeskanzler Österreichs die Ministerpräsidenten der Visegrád-Staaten zusammen. Die Einladung des österreichischen Bundeskanzlers war deshalb ein begründeter politischer Schritt, weil Österreich ab 1. Juli die

Ratspräsidentschaft der Europäischen Union übernimmt, so dass die Rolle des westlichen Nachbarn Ungarns bei der Gestaltung der Gemeinschaftspolitik zunehmen wird.

Der Standpunkt der politischen Führung Österreichs hat sich in zahlreichen fachpolitischen und europapolitischen Fragen dem V4-Standpunkt angenähert. Die Teilnahme der Österreicher an dem multilateralen Treffen erfährt genau darum eine Aufwertung: Nicht nur in Detailfragen, sondern ebenso in Hinsicht auf die strategischen Belange der Politik im kommenden halben Jahr dürfte es gelungen sein, einen gemeinsamen Nenner zu finden, welchen Eindruck zumindest die auf das Treffen folgende Pressekonferenz vermittelte. Die Parteien waren sich einig darin, dass der Vorschlag der Europäischen Union zur Verhinderung der illegalen Einwanderung – unter Anwendung eines verbindlichen Verteilungsmechanismus – nicht zur Bewältigung des Problems geeignet ist. Stattdessen schlugen sie zwei alternative Lösungen vor: die Stärkung des Grenzschutzes und der Frontex-Agentur sowie die Einrichtung sog. „Hot Spots“ außerhalb Europas.

Die Übergabe des V4-Vorsitzes legte zugleich die Grundlagen für die Zusammenarbeit der Visegrád-Gruppe in der Zukunft. Der slowakische Ministerpräsident Peter Pellegrini skizzierte die Pläne für die slowakische Präsidentschaft, wobei er betonte, dass die Kooperation auch künftig multidimensional gestaltet werden solle, was seine Amtskollegen aus Polen und Tschechien in ihren Erklärungen ebenfalls bekräftigten. Der Standpunkt Österreichs stimmt zwar in mehreren Punkten mit den Ansichten der Ministerpräsidenten dieser vier EU-Mitgliedstaaten überein, doch besteht im Sinne der Ratspräsidentschaft ihre Aufgabe in erster Linie darin, die Standpunkte der 28 Mitgliedstaaten aufeinander abzustimmen. Dabei wird die Position der mitteleuropäischen Region noch dadurch gestärkt, dass Sebastian Kurz selbst in solchen Fragen wie einer beschleunigten Integration des Westbalkans mit den Ministerpräsidenten der Visegrád-Staaten übereinstimmte.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

DER GESETZENTWURF ZU DEN STEUERVERÄNDERUNGEN IM KOMMENDEN JAHR WURDE VORGESTELLT

Das Finanzministerium reichte am vergangenen Dienstag den Gesetzentwurf zur Begründung der Einnahmen des Staatshaushaltes im kommenden Jahr ein, dessen Verabschiedung zur Modifizierung zahlreicher Steuerrechtsnormen führen dürfte. Der Entwurf passt sich den bereits in der Vergangenheit betonten fachpolitischen Bestrebungen der Regierung an und markiert die Prioritäten unter den Maßnahmen. Die Politik der Steuersenkungen und Rationalisierungen der Regierung findet eine Fortsetzung, wie ebenso ein Schwergewicht auf die Senkung der administrativen Lasten gelegt wird.

Die grundlegende Struktur des Steuersystems ändert sich nicht, doch lassen sich Verschiebungen in den Schwerpunkten im neuen Gesetzentwurf durchaus wahrnehmen. Aus dem Gesichtspunkt der Einnahmen kommt es zu keinen Senkungen oder Anhebungen von Steuersätzen, welche bedeutende Steuerarten betreffen würden, nachdem die wichtigste Zielstellung des vorliegenden Entwurfs auf die Vereinfachung des Steuersystems gerichtet ist. In diesem Sinne werden nachfolgende Modifizierungen für das kommende Jahr vorgeschlagen:

- Fünf Steuerarten werden im kommenden Jahr aufgehoben: Ab 2019 muss nicht länger die 75-prozentige Sondersteuer auf Einkommen, die Sondersteuer für Kreditinstitute und die

Kultursteuer gezahlt werden. Auch die Unfallsteuer und die Gesundheitsabgabe entfallen, wobei erstere in die Versicherungssteuer, letztere in die Sozialabgabensteuer einfließt.

- Umgebaut wird auch das System der geldwerten Leistungen (Cafeteria-System): In dem wegen seiner Komplexität häufig kritisierten System bleibt die Széchenyi-Urlaubskarte das einzige steuerlich vergünstigte Element an Cafeteria-Leistungen.
- Auch die vereinfachte Unternehmersteuer wird eingestellt. Darüber hinaus wird die Steuer- und Finanzbehörde ab dem kommenden Jahr bereits die Entwürfe der Einkommensteuererklärung von selbständigen Gewerbetreibenden erstellen. Die Sozialabgabensteuer sinkt von 19,5 auf 17,5 Prozent, wohin gegen der Steuersatz von 15 Prozent in der Einkommensteuer sowie von 9 Prozent in der Körperschaftsteuer keine Änderung erfährt. Für die Unternehmen soll die Steuer für Kleinfirmen noch attraktiver gemacht und unter den Kleinunternehmen eine Aufteilung der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung eingeführt werden.
- Der Entwurf würde die elektronischen Zahlungsanweisungen sowie die Arbeitsübernahme durch Rentner stärken. Für Überweisungen der Bevölkerung unter 20.000 Forint soll die Transaktionssteuer aufgehoben werden. Die Versicherungspflicht von Rentnern würde entfallen, um auf diese Weise ihre Ausgaben zu senken.

Die Senkung der Sozialabgaben der Arbeitgeber bringt den Unternehmen Erleichterungen von 130 Milliarden Forint, die Reduzierung der Mehrwertsteuer für haltbare Milch auf fünf Prozent bedeutet, dass 20 Milliarden Forint bei der Bevölkerung bleiben. Die demographische Wende als Priorität der Regierung widerspiegelt sich auch in diesem Entwurf, wobei die über vier Jahre hinweg realisierte Anhebung der Steuervergünstigungen für Familien nunmehr den Familien mit zwei Kindern zusätzlich 5.000 Forint (und somit insgesamt 20.000 Forint) monatlich belässt.

PARTEIPOLITIK

DIE JOBBIK LEIDET UNTER EINER ORGANISATORISCHEN UND MITGLIEDERKRISE

Seit mehr als einem Monat zieht sich der Konflikt hin, wonach die zum radikalen Flügel der Jobbik gehörenden Politiker der Partei den Rücken kehren. Im Zuge der damit einhergehenden Auseinandersetzungen beginnt das Organisationsnetz der Partei zu bröckeln, wobei der Kreis jener Personen, die eine Rückkehr zur ursprünglichen radikalen Ausrichtung wünschen, breiter ausfällt, als das Volumen der aktuellen Parteiaustritte vermuten lässt.

Früher war es schwierig einzuschätzen, welche Dimensionen die Unterstützung der am 23. Juni zu ihrer Gründung antretenden Bewegung unter dem Namen „Unsere Heimat“ (Mi Hazánk) in der Gesellschaft beziehungsweise innerhalb der Jobbik erreichen wird. In Verbindung mit dem Fakt der Lostrennung, den kontinuierlichen Austritten sowie den Auflösungen von Grundorganisationen der Partei ließ sich jedoch erahnen, welch ernsthaftes politisches Potenzial in dem Konzept von László Toroczkai steckt. Dies wird noch durch eine telefonische Meinungsumfrage des Nézópont-Instituts untermauert, die zu dem Ergebnis kam, dass eine neue politische Kraft unter Führung von László Toroczkai bis zur Hälfte des Wählerstamms der einst radikalen Partei für sich gewinnen könnte. Statistisch betrachtet kann die Unterstützung der beiden Ausrichtungen innerhalb der Jobbik im Kreis ihrer Sympathisanten nämlich als ausgeglichen bezeichnet werden. Demnach hielten 43 Prozent der

Jobbik-Anhänger die als Wandel zur Volkspartei bezeichnete Strategie der Öffnung zur Mitte für richtig, während 49 Prozent der Ansicht waren, diese politische Gemeinschaft hätte ihre radikale Ausrichtung beibehalten sollen. 35 Prozent der befragten Jobbik-Sympathisanten erklärten, sie würden für eine durch Toroczkai gegründete neue Partei stimmen. Kategorisch lehnten nur 36 Prozent diese Möglichkeit ab. Für die jetzige Jobbik-Führung könnte eine weitere Gefahrenquelle darstellen, dass sich knapp drei Zehntel der Sympathisanten noch kein Urteil in dieser Frage gebildet haben.

Wandel der Jobbik zur Volkspartei

im Kreis der Jobbik-Sympathisanten

Was denken Sie, war der Wandel zur Volkspartei eine gute Idee, oder hätte die Jobbik lieber ihre alte Ausrichtung beibehalten sollen?

Der Wandel zur Volkspartei ist eine gute Richtung.

Die Jobbik hätte besser ihre alte Ausrichtung beibehalten sollen.

k. M./k. A.

Die Beliebtheit der neuen Toroczkai-Formation

im Kreis der Jobbik-Sympathisanten

Würden Sie, sollte László Toroczkai eine neue Partei gründen, für diese Partei stimmen?

Ja Nein k. M./k. A.

Landesweit repräsentative Forschung unter Befragung von 1.000 Personen.

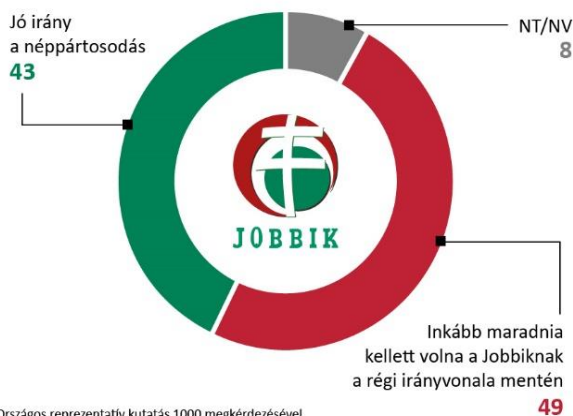
Datenerhebung: 1.-6. Juni 2018

Foto: Jobbik.hu. Die Angaben verstehen sich in Prozent.

A JOBBIK NÉPPÁRTOSODÁSA

A Jobbik-szimpatizánsok körében

Ön szerint inkább jó ötlet volt a néppártosodás, vagy inkább maradnia kellett volna a Jobbiknak a régi irányvonala mentén?



Országos reprezentatív kutatás 1000 megkérdezésével.
Adatfelvétel: 2018. június 01. – június 06.

TOROCZKAI LÁSZLÓ ÚJ SZERVEZETÉNEK NÉPSZERŰSÉGE

A Jobbik-szimpatizánsok körében

Amennyiben Toroczkai László létrehozna egy új pártot, Ön szavazna az általa létrehozott pártra?

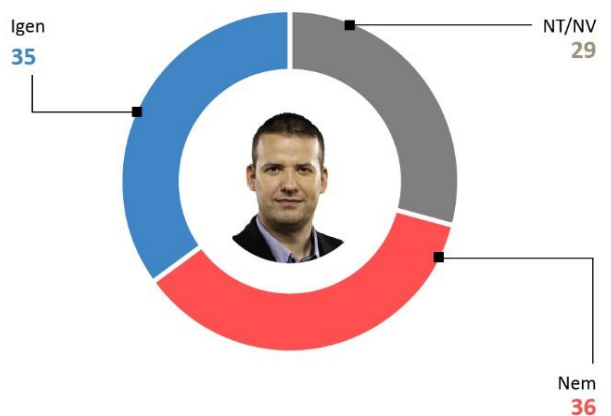


Foto: Jobbik.hu. Az adatok százalékban értendőek.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

IN DIESER WOCHE TAGT ERNEUT DER EUROPÄISCHE RAT

Am 28. und 29. Juni kommt es zum nächsten Gipfel des Europäischen Rates in Brüssel, auf dem die Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft Unterredungen zu den aktuellpolitischen Herausforderungen führen werden, vor denen die Europäische Union steht. Die Visegrád-Staaten dürften gleich in mehreren Themen einen einheitlichen Standpunkt vertreten.

Die offiziellen Tagesordnungspunkte der anstehenden Sitzung des Europäischen Rates sind wie folgt:

- Migration, Sicherheit und Grenzschutz
- Schaffung von Arbeitsplätzen (Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit)
- Außenbeziehungen der EU
- Langfristiger Finanzrahmen der Gemeinschaft
- Brexit
- Lage der Eurozone.

Die drei brennendsten Probleme sind die Migration, die Festlegung des Finanzrahmens der Europäischen Union für die nächsten sieben Jahre sowie die Bewertung des aktuellen Stands im Brexit-Prozess. In Verbindung mit der Einwanderung könnte der jetzige Gipfel schicksalhaft werden, nachdem der Vorschlag der bulgarischen Ratspräsidentschaft zum Umgang mit der illegalen Einwanderung im Wesentlichen vorsieht, eine sanftere, dabei jedoch im Kern unveränderte Version der verbindlichen Einwanderungsquote anzunehmen. Hinsichtlich des künftigen Finanzrahmens der Europäischen Union dürften schwere Debatten zu erwarten sein, denn die Ansichten gehen gleich in mehreren Punkten nicht nur zwischen den alten Mitgliedstaaten und den später beigetretenen Ländern auseinander, sondern auch zwischen den Staats- und Regierungschefs der EU-Gründerstaaten.